

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-1

Von Zeile 1100 bis 1104:

Wer ehrlich ist, darf nicht der Dumme sein. ~~Wir gehen seit Regierungsantritt entschieden gegen organisierten Steuerbetrug, organisierte Finanzkriminalität und Geldwäsche vor. Zudem~~ Dazu stärken wir die Steuerverwaltung weiter: personell und digital. Neue IT-Verfahren, KI-gestützte Analyse und die intelligente Vernetzung mit Sicherheitsbehörden machen es möglich, Betrug schneller zu erkennen. Vor allem Verfolgung von komplexen Steuerstraftaten zum Nachteil der Gesellschaft wie beispielsweise bei den so genannten CumCum und CumEx-Geschäften muss effizienter und gründlicher erfolgen. Es kann nicht sein, dass der Gesellschaft systematisch die für die Gemeinschaftsaufgaben dringend notwendigen Mittel durch derartige Straftaten vorenthalten werden. Dafür schaffen wir eine Zentralstelle „Steuerklarheit“, die mit erfahrenen und erfolgreichen Praktiker*innen, Fahnder*innen, Polizist*innen und Staatsanwält*innen besetzt wird und die die Erkenntnisse zu diesen Verfahrenskomplexen aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern sammelt, den Finanz- und Strafbehörden zur Verfügung stellt und Vorermittlungen zeitnah initiiert. Wir werden dafür sorgen, dass Steuerstraftaten, gerade wenn sie komplex sind und sehr hohe Schäden für die Gemeinschaft nach sich ziehen, genauso gründlich und sicher verfolgt werden, wie Kaufhausdiebstahl oder Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.

Begründung

Es trifft zwar zu, dass wir stärker gegen einige Steuerstraftaten vorgehen. Dass aber nur ein einziges Steuerstraßverfahren wegen CumCum- bzw. CumEx- Straftaten bis zur Anklageerhebung kam -und das erst nach elf Jahren Ermittlungsarbeit durch einen einzigen Staatsanwalt- lässt die Behauptung, wir würden entschieden gegen sie organisierte Steuerkriminalität vorgehen eher eingeschränkt glaubwürdig erscheinen. Nach wie vor wird unsere Gesellschaft durch komplexe, nur schwer durchschaubare und rechtswidrige „Steuertricks“ nach verschiedenen seriösen Schätzungen um Milliardenbeträge betrogen. Die Vorgehensweise der Täter*innen sind sehr komplex, im hohen Maße verschleiern und nur erkennbar, wenn die Beamt*innen und Staatsanwält*innen über sehr viel Expertise verfügen und den Rechtsabteilungen der Betrüger*innen immer einen Schritt voraus sind. Das können diese beim täglichen Arbeitsaufkommen nicht leisten. Wie bei den Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Rahmen der Terrorismusbekämpfung oder der schweren Wirtschaftskriminalität ist es gerade auch in diesem Bereich wichtig, Wissen und Kapazitäten zu konzentrieren. Dies zumal, als das notwendige Wissen viele Behörden, insbesondere der Finanzverwaltung und der Strafverfolgungsbehörden verteilt ist und die zuständigen Behörden und Staatsanwaltschaften überbelastet sind. Hier ist es Aufgabe des Landes, Prioritäten zu setzen.

Unterstützer*innen

Colin Christ (KV Heilbronn); Raoul Genick (KV Rastatt/Baden-Baden); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Hartmut Schwendemann (KV Ortenau); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Fabian Braun (KV Schwarzwald-Baar); Nick Marx (KV Karlsruhe); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Philip Singer (KV Stuttgart); Anna-Maria Schwab (KV Main-Tauber); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Anna Knowles (KV Mannheim); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Florian Bieck (KV Freiburg); Lena Cannistra-Arzner (KV Ettlingen); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Carmen Fontagnier (KV Mannheim); Zora Brändle (KV Mannheim)